Nr. 243 Mittwoch, den 16. Oktober 1918 32. Jahrgang

Paderborner Anzeiger

Amtliches Kreisblatt :: Anzeiger für Neuhaus und Delbrück

Der Paderborner Anzeiger erscheint an allen Werktagen. — Bezugspreis monatlich frei ins Haus gebracht 65 Pfg., bei der Post abgeholt 52 Pfg., durch den Briefträger 66 Pfg. — Im Paderborner Anzeiger werden alle amtlichen Bekanntmachungen des Kgl. Landratsamtes sowie des Paderborner Magistrats veröffentlicht.

Paderborner Zeitung
∴ Volks-Zeitung ∴
für das
Paderborner Land

Organ des Landwirtschaftl. Kreisvereins
Publikations-Organ
∴ vieler Behörden ∴

Anzeigenpreis: Aus dem Kreise Paderborn für die einspaltigen 2,4 mm hohen Raum 15 Pfg., auswärtige 20 Pfg. Im Reklameteil 75 Pfg. Wiederholungen Rabattgewährung nach besonderem Tarif, die bei Zwangsbeitreibung fortfällt. Beilagengebühr 6 Mark das Tausend Postgebühren.

Redaktion Bahnhofstraße 13 — Fernruf 918

Wöchentliche Gratis-Beilage „Sterne und Blumen"

Postscheckkonto 14342 Amt

Wilson verleumdet und fordert bedingungslose Uebergabe.

Wilsons Antwort.

Forderung besonderer Sicherheiten.

Haag, 15. Oktober.

Wie das holländische Nieuwe Bureau drahtlos aus Washington meldet, hat Staatssekretär Lansing dem schweizerischen Geschäftsträger, der die deutschen Interessen in Amerika vertritt, folgende Note zugestellt:

In Erledigung der Mitteilungen der deutschen Regierung vom 12. Oktober, die Sie mir heute überreichten, habe ich die Ehre, Sie zu bitten, folgende Antwort an Deutschland zu übermitteln: Die unbedingte Annahme durch die heutige deutsche Regierung und die große Mehrzahl des Deutschen Reichstages der Bedingungen, die in der Botschaft des Präsidenten Wilson an den amerikanischen Kongreß vom 8. Januar 1918 und in dem späteren Beschlusse niedergelegt wurden, berechtigt den Präsidenten, die folgende offenherzige und direkte Erklärung abzugeben über die Entscheidung, die er auf die Erklärungen der deutschen Regierung vom 8. und 9. Oktober getroffen hat: Es muß klar verstanden werden, daß die Entscheidung über die Räumung des Gebietes und die Bedingungen des Waffenstillstandes Fragen sind, die der Entscheidung und den Ratschlägen der militärischen Ratgeber der Regierung der Vereinigten Staaten und der assoziierten Mächte vorbehalten sind.

Der Präsident erachtet als seine Pflicht, zu sagen, daß keinerlei Abmachungen durch die amerikanische Regierung angenommen werden können, welche nicht absolute und befriedigende Garantien und Sicherheiten bieten, daß die heutige militärische Überlegenheit der amerikanischen und alliierten Streitkräfte im Felde aufrechterhalten bleibt. Der Präsident vertraut, mit Sicherheit annehmen zu dürfen, daß dies ebenfalls die Meinung und Ansicht der alliierten Regierungen ist. Der Präsident meint, daß es ebenfalls seine Pflicht ist, hinzuzufügen, daß weder die amerikanische Regierung noch er selbst vollkommen überzeugt ist, daß die Regierungen, die mit den Vereinigten Staaten assoziiert sind, dem zustimmen, einen Waffenstillstand in Erwägung zu ziehen, solange die bewaffneten Streitkräfte Deutschlands ihre gesetzwidrigen, unmenschlichen Handlungen fortsetzen.

In der gleichen Stunde, wo die deutsche Regierung sich an die amerikanische Regierung mit Friedensvorschlägen wendet, sind die deutschen U-Boote damit beschäftigt, auf der See Schiffe zu versenken, und nicht nur diese Schiffe selbst, sondern auch die Rettungsboote, worin die Passagiere und Mannschaften ihr Leben zu retten versuchen. Bei ihrem jetzigen erzwungenen Rückzuge in Flandern und Frankreich fahren die deutschen Armeen damit fort, alles rücksichtslos zu vernichten. Dies wurde und wird von mir immer als ein direktes Vergehen gegen die Regeln und Bestimmungen der zivilisierten Kriegsführung angesehen.

Aus Städten und Dörfern, soweit sie nicht völlig zerstört, werden alle Dinge, die sie enthalten, geraubt und oft sogar ihre Bevölkerung verschleppt. Den Regierungen, die mit den Vereinigten Staaten assoziiert sind, darf man nicht zumuten, daß sie einen Waffenstillstand genehmigen, solange diese Taten der Unmenschlichkeit, Raub und Verwüstung fortdauern, welche sie berechtigterweise mit brechenden und brennenden Herzen betrachten. Es ist ebenfalls notwendig, damit keinerlei Möglichkeit des Mißverstehens bestehen bleibt, daß der Präsident feierlich die Aufmerksamkeit der Deutschen auf die Bedeutung und den klaren Inhalt eines der Friedenspunkte lenkt, den die deutsche Regierung jetzt angenommen hat. Dieser Punkt ist enthalten in der Rede, welche Präsident Wilson am 4. Juli bei Mount Vernon gehalten hat und lautet:

„Die Vernichtung jeder willkürlichen Macht, die es in Händen hat, allein, geheim und aus eigener Willensbestimmung den Weltfrieden zu stören, oder, falls diese Macht gegenwärtig nicht vernichtet werden kann, wenigstens ihre Herabminderung bis zu tatsächlicher Ohnmacht." Und die Macht, die bis jetzt das Schicksal der deutschen Nation bestimmt hat, ist gerade eine von denen, die der Präsident in dieser Rede im Auge gehabt hat.

Es liegt in der Macht des deutschen Volkes, dies zu ändern. Die Worte des Präsidenten enthalten die berechtigten und naturgemäßen Bedingungen, bevor es zu einem Frieden kommen kann. Wenn es zu einem Frieden kommen soll, muß es durch das Eingreifen des deutschen Volkes selbst geschehen. Der Präsident fühlt sich gezwungen, zu sagen, daß die ganze Entwicklung des Friedensschlusses seiner Ansicht nach von der klaren Entschiedenheit, dem genügenden Charakter der Garantien, die in dieser fundamentalen Angelegenheit geboten werden, bestimmt wird. Es ist unvermeidlich, daß die Regierungen, die gegen Deutschland verbündet sind, ohne die Möglichkeit irgendeiner Täuschung wissen müssen, mit wem sie zu tun haben. Der Präsident wird ferner eine besondere Antwort an die österreichisch-ungarische Regierung senden.

gez. Lansing.

Man wird den amtlich übermittelten Wortlaut der Antwort Wilsons abwarten müssen, ehe man zu ihr Stellung nehmen kann. Es braucht nicht nochmals betont zu werden, daß die angeblichen „Unmenschlichkeiten" auf unserm Rückzuge Phantasiegebilde der Verleumdungskunst unserer Feinde sind. Wohin die Antwort (wenn der Reutersche Text dem Wortlaut entspricht) mit seinen dunklen Andeutungen letzten Endes zielt, spricht ein englisches Blatt, der „Manchester Guardian" offen aus, wenn er schreibt: „Das beste wäre, wenn der Kaiser zugunsten seines Enkels abdankte und Prinz Max von Baden Regent würde." Wenn der amtliche Text der Antwortnote vorliegt, wird noch manches darüber zu sagen sein.

Keine Kanzlerkrise.

Berlin, 15. Okt. Die Sozialdemokratische Fraktion des Reichstages kam bei ihren heute abgehaltenen Besprechungen zu dem Beschluß, an der Zusammenarbeit mit dem Kanzler festzuhalten. Eine neue Kanzlerkrise dürfte also vermieden sein.

Kundgebungen an den Reichskanzler.

Berlin, 15. Okt. Dem Reichskanzler sind von den verschiedensten Seiten telegraphische und briefliche Kundgebungen zugegangen, in denen die Entschlossenheit zur Verteidigung des Vaterlandes ausgesprochen wird.

Bayerns Treue zum Reich.

München, 15. Okt. Ein in der Kammer der Abgeordneten eingebrachter Antrag der liberalen Fraktion des bayerischen Landtags verlangt, daß angesichts der schweren Zeiten, die dem deutschen Volke bevorstehen, die bayerische Volksvertretung Zeugnis ablege für die unerschütterliche Einheit des deutschen Volkes und für seine feste Entschlossenheit, alles Schwere gemeinsam zu tragen.

Verfassungsänderung.

Berlin, 15. Okt. In der heutigen Sitzung des Bundesrats wurde der Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Artikels 11 der Reichsverfassung angenommen.

Die deutsche Stadt Danzig.

Danzig, 15. Okt. Der Danziger Magistrat hat an den Reichskanzler, an sämtliche Staatssekretäre und an den Hauptausschuß des Reichstages ein Telegramm gesandt, in dem er schärften Protest erhebt gegen alle Pläne, die die kerndeutsche alte Hansastadt Danzig zu einer polnischen Stadt machen möchten. Danzig nehme auch für sich das Selbstbestimmungsrecht der Völker in Anspruch und wolle deutsch bleiben immerdar.

Verschiebung der Reichstagssitzung.

Berlin, 15. Okt. Der Ältestenausschuß des Reichstages trat heute abend zu einer Sitzung zusammen, um darüber zu beschließen, ob an dem Zusammentritt des Reichstages morgen mittag 1 Uhr festgehalten werden soll. Zur Stunde gilt dies als unwahrscheinlich, da das Eintreffen der Wilsonschen Antwort neue Beratungen der Regierung erforderlich machen dürfte.

Der Reichstag soll nunmehr am Freitag zusammentreten.

Stichwahl im ersten Berliner Wahlkreise.

Berlin, 15. Okt. In der Ersatzwahl für den verstorbenen Reichstagsabgeordneten Johannes **Kaempf** im Reichstagswahlkreise Berlin I wurden insgesamt 4764 Stimmen abgegeben. Davon erhielten der Geh. Justizrat Kempner (freis. Volksp.) 2294, der Stadtverordnete Hugo Heimann (Soz.) 1720, der Metallarbeiter Richard Müller (unabh. Soz.) 513, der Beamte Gellert (Antisemit) 178 und der Pole Korfanty 4 Stimmen. 8 Stimmen waren zersplittert und 47 ungültig. Es ist also Stichwahl zwischen Kempner und Heimann notwendig. Die Stichwahl ist auf den 29. Oktober festgesetzt. (Wenn die Fortschrittler nicht noch Reserven zur Stichwahl heranführen können, erscheint die Behauptung des Wahlkreises absolut nicht gesichert.)

Nur kein Mißverständnis!

Die vorbehaltlose Annahme der Wilsonschen Punkte, rund dreiundzwanzig an der Zahl, durch die deutsche Regierung hat vielfach im Volk und in der Öffentlichkeit eine Auslegung erfahren, der gar nicht früh und gar nicht entschieden genug entgegengetreten werden kann. In Wort und Schrift macht sich die Auffassung geltend, als habe Deutschland damit bereits auf Elsaß-Lothringen zugunsten Frankreichs und auf die preußischen Ostprovinzen zugunsten des neuen Polenreiches verzichtet, als stünden wir nach beiden Richtungen hin vor vollendeten Tatsachen, unter die die Friedenskonferenz des Herrn Wilson nur ihr förmliches Siegel zu setzen hätte, und als würde dem deutschen Volke von seiner neuen Reichsleitung zugemutet, sich mit dem Geschehenen als leider unabänderlich gewordenen Kriegsentscheidungen abzufinden. Davon kann in Wahrheit gar keine Rede sein. Mit der Annahme der Wilsonschen Grundsätze ist lediglich der internationale Charakter der beiden Fragen zugestanden worden. Wir haben uns also damit einverstanden erklärt, daß über die Zukunft Elsaß-Lothringens ebenso wie über die weitere Staatszugehörigkeit von Posen und Westpreußen am Verhandlungstisch gesprochen wird, auch damit, daß dort eine Entscheidung über diese lebenswichtigen Fragen des deutschen Volkes gefällt wird. Aber diese Entscheidung soll nun mal nach der Gesamtheit der Wilsonschen Programmpunkte getroffen werden — und es versteht sich von selbst, daß von seinen 23 Nummern **nicht bloß** Nummer 8 für die elsaß-lothringische und Nummer 13 für die polnische Frage in Betracht kommen. Und dann haben wir schließlich und zu allerletzt immer noch selbst darüber zu befinden, ob der Endspruch der Konferenz mit dem Rechtsfrieden des Weltschiedsrichters im Weißen Hause zu Washington übereinstimmt oder nicht. Das ist der Tatbestand auf Grund der deutschen Antwortnote vom 12. Oktober, und wir sollten ihn weder von außen her verdunkeln noch im eigenen Lande Verwirrung über ihn aufkommen lassen.

Den besten Beweis dafür, daß diese Auffassung der Sachlage durchaus mit den maßgebenden Stellen an der Spitze des Reiches übereinstimmt, erbringt die soeben vollzogene Neuordnung der Regierungs- und Verfassungsverhältnisse in Elsaß-Lothringen. Den Ankündigungen der vorigen Woche entsprechend ist jetzt der Straßburger Bürgermeister Dr. Schwander zum kaiserlichen Statthalter und der Führer des elsässischen Zentrums, der Reichs- und Landtagsabgeordete Hauß, zum Staatssekretär der Reichslande ernannt worden. Das bedeutet die grundlegende Einleitung für die Gewährung der vollen Autonomie, zu deutsch: Selbstverwaltung innerhalb des Gesamtrahmens des Deutschen Reiches. Zwei Kinder des elsässischen Volkes übernehmen die wichtigsten Posten der Landesverwaltung; der eine, Dr. Schwander, der seine ganze Laufbahn ausschließlich eigener Tüchtigkeit verdankt, ein Führer der Demokratie, der andere, Dr. Hauß, ein selbstbewußter Zentrumsmann, der von dem katholischen Teile der eingeborenen Bevölkerung stets als der berufene Wortführer ihrer Wünsche und Gesinnungen anerkannt worden ist. Diese beiden Ernennungen sind natürlich nur das Vorspiel; sie werden tiefgreifende Wandlungen im ganzen Regierungssystem des Landes nach sich ziehen und sein ganzes Verhältnis zum gemeinsamen deutschen Vaterland auf neue Grundlagen stellen. Was sich hier ankündigt, ist eine selbstverständliche Folgewirkung des großen Kurswechsels im Reiche; es wäre also auch eingetreten, wenn unsere neue Regierung jetzt nicht den Meinungsaustausch mit Wilson angebahnt hätte. Daß sie trotz der Noten vom 5. und 12. Oktober auch in Straßburg tatkräftig ans Werk geht, um das elsässische Volk inzwischen mit allen Rechten der Demokratie auszustatten, spricht deutlich genug für den Willen, diese deutschen Stammesbrüder dem Reiche zu erhalten. Diese Taten sollten denn doch neben den Worten mehr oder weniger diplomatischer Schriftstücke nicht ganz übersehen werden.

Und wie steht's mit Posen und Westpreußen? Herr Wilson hat lediglich von Gebieten mit „unzweifelhaft polnischer Bevölkerung" gesprochen. Nun hat man schon bei dem Streit um das Cholmer Land zum Beispiel genugsam erfahren, wie schwer es ist, eine Unzweifelhaftigkeit festzustellen hinsichtlich des nationalen Charakters heiß umkämpfter Grenzgebiete. Posen und Westpreußen aber sind seit weit über hundert Jahren Bestandteile des preußischen Staates, und wenn je die Spuren zielbewußter deutscher Kulturarbeit das Wesen und das Aussehen eines Landes von Grund aus verändert haben, so ist es hier der Fall. Man kann deshalb mit mindestens dem gleichen Recht von unzweifelhaft deutscher wie von unzweifelhaft polnischer Bevölkerung in Posen und Westpreußen sprechen, und selbst dem blindesten Hasser des Deutschtums wird es nicht in den Sinn kommen können etwa zu behaupten, daß wir es hier mit reinpolnischen Landesteilen zu tun hätten. Wenn sich also jetzt, unter der unmittelbaren Einwirkung der deutschen Antwortnote vom 12. Oktober, in Danzig ein „Ausschuß zur Organisation der nationalen Verteidigung" gebildet hat, so komme niemand, und besonders kein deutschgesinnter Mann mit dem Einwand, daß es dazu zu spät sei. Spät kommt diese Selbsthilfe allerdings, aber immer noch zur rechten Zeit — auch im Sinne der neuen Regierung, die nicht daran gedacht haben kann, über die preußischen Ostprovinzen schon das letzte Wort gesprochen zu haben. „Hundsfott wehre dich!" — Diese alte Landsknechtslosung muß jetzt wieder lebendig werden. Ist auch schon viel, so ist doch noch lange nicht alles verloren.

Räumung der besetzten Gebiete.

Von einem militärischen Mitarbeiter.

Der gegenwärtig wohl wichtigste Teil der deutschen Antwortnote an Präsident Wilson bezieht sich auf die Räumung der besetzten Gebiete in Nordfrankreich und Belgien. Daß die Räumung dieser Faustpfänder vorbehaltlos zugestanden worden ist, wird in weiten Kreisen Deutschlands schmerzlich empfunden werden. Indessen muß uns das Bewußtsein trösten, daß alle in Frage kommenden Instanzen, vor allem natürlich die Oberste Heeresleitung gehört worden sind, so daß die Verantwortung für diesen schwerwiegenden Schritt auf vielen Schultern ruht, und daß anderseits die Gewähr dafür ge-

geben ist, daß das ungewöhnliche Zugeständnis nach reiflicher Erwägung der Sachlage und aller möglichen aus ihr sich ergebenden Folgen gemacht worden ist.

Man hätte gewünscht, daß mindestens im Austausch für das Zugeständnis die Forderung aufgestellt worden wäre, daß für die Zeit der Waffenstillstandsverhandlungen auch der Feind die von uns freiwillig zu räumenden Gebiete nicht besetzen darf und es ist zu hoffen, daß in der einzusetzenden gemischten Kommission diese Frage gelöst wird, wie es den Interessen Deutschlands entspricht. Die Rückführung der Millionen hinter und an die deutsche Reichsgrenze wird die Behörden vor ungeheure Aufgaben stellen; denn es kann sich natürlich nicht um eine Demobilisation handeln, da ja immer noch mit der Möglichkeit zu rechnen ist, daß die Waffenstillstands- oder die Friedensverhandlungen ergebnislos verlaufen. Das aus dem besetzten Gebiete zurückgekehrte Heer muß also seine volle Kriegsbereitschaft behalten und alle Vorkehrungen müssen selbstverständlich so getroffen werden, daß der Kampf gegebenenfalls unter den möglichst günstigen strategischen Bedingungen wieder aufgenommen werden kann. Selbstverständlich wird auch dann die Lage nicht so günstig für uns sein, als jetzt, wo wir tief in Feindesland stehen.

Der Krieg wird dann als reiner Verteidigungskrieg geführt werden müssen. Dazu gehört, daß hinter der neuen Front an unserer Landesgrenze eine breite Abwehrzone geschaffen wird. Ohne Zweifel wird ein solcher breiter Streifen deutschen Landes zum Operationsgebiet gemacht werden müssen, in dem Schützengräben gezogen, Riegelstellungen und Stützpunkte ausgebaut werden müssen. Mancher Acker und mancher Wald wird den Vorbereitungen zum Opfer fallen und hier und da wird auch mit der Rückführung der Bevölkerung gerechnet werden müssen.

Man kann also annehmen, daß die Räumung des besetzten Gebietes mehrere Monate in Anspruch nehmen wird. Handelt es sich doch nicht lediglich darum, die Truppen heimzubefördern, was an sich schon eine unglaubliche Belastung der Bahnen darstellt, sondern auch um die Rückschaffung ungeheurer Materialmengen. Dazu kommt der Abbau der sämtlichen in jahrelanger Mühe angelegten Befestigungen, die Zurückbeförderung aller Munition, Waffen, Vorräte und aller Kriegsgeräte und endlich müssen wir Zeit haben, den Aufmarsch und den Aufbau der deutschen Armeen an und hinter der Reichsgrenze auszuführen. Nur so kann der Nachteil, der unsere militärische Lage durch die Räumung erleidet, einigermaßen aufgewogen werden. Das wichtigste aber bleibt, daß unbedingt Vorsorge getroffen wird, Belgien nicht wieder zum Kriegsschauplatz werden zu lassen. Wird im Waffenstillstandsvertrage die Neutralität Belgiens von allen Kriegführenden anerkannt und garantiert, so liegt darin nicht nur eine Sicherheit für Belgien, sondern auch für einen Teil unserer Grenze. Der neue übrige Kriegsschauplatz würde dann von der Schweizer Grenze bis zur luxemburgischen Grenze reichen.

Die Räumung des besetzten Gebiets Nordfrankreichs und Belgiens durch die deutschen Truppen wird die größte Rückzugsbewegung der Weltgeschichte sein, noch nie sind Millionenheere in dieser Weise zurückgenommen worden. Die Ausführung stellt die höchsten Anforderungen an unsere Organisation, an die Militär- und Zivilbehörden und vor allem an die Eisenbahnen. Indes, das deutsche Volk hat in den vier verflossenen Jahren so glänzende Beispiele seiner Anpassungsfähigkeit und seines Organisationstalentes gegeben, daß auch diese Riesenaufgabe bewältigt werden wird. Am 14. Oktober, dem Tage, an dem Wilson die deutsche Antwortnote in Händen hat und über das Schicksal der Welt entscheiden soll, schreiben wir den Tag von Jena und Auerstedt. In allen deutschen Herzen lebt die Hoffnung, daß dieser 14. Oktober kein schwarzer Tag, wie jener für unsere Geschichte werden möge, sondern der Beginn einer Zeit der Verhandlungen und der Vorbote eines gerechten Friedens, der dem deutschen Volke sein Daseinsrecht und die unbehinderte Möglichkeit zum Wirken auf dem Weltmarkt läßt.

M.

Die Krise in Österreich-Ungarn.

Kabinettswechsel und Nationalitätenfrage.

Wien, 15. Oktober.

Wie die Blätter melden, ist das Rücktrittsgesuch des Kabinetts Hussarek bereits genehmigt. Graf Sylva Tarouca soll mit der Neubildung des Kabinetts betraut sein. Auch das ungarische Kabinett ist zurückgetreten. Der ehemalige Abgeordnetenhauspräsident Naway soll das neue Kabinett bilden.

In politischen Kreisen wird auch der Rücktritt des gemeinsamen Ministers des Äußern, Grafen Burian, als bevorstehend bezeichnet. Die Ursache sei darin zu suchen, daß die Auffassung des Grafen Burian, namentlich in der südslawischen Frage, in der ungarischen Delegation auf Widerstand stoße. Als Nachfolger des Grafen Burian werden der frühere Gesandte am päpstlichen Stuhl, Graf Szecsen, und der Botschafter Graf Secheny genannt. Die Kandidaturen des früheren Botschafters in London, Grafen Mensdorff-Pouilly, und des Botschafters in Konstantinopel, Grafen Pallavicini, stehen gegenwärtig nicht im Vordergrund. Hofrat Lammasch, der vielfach als Ministerpräsident genannt wurde, gilt als eigentlicher Unterhändler bei den Friedensverhandlungen.

Die Gärung in Böhmen.

In Prag sind außerordentliche Maßnahmen getroffen worden, um etwaige Unruhen sofort zu unterdrücken. Die Stadt gleicht einem Feldlager. Der Statthalter hat eine Kundgebung erlassen, daß Gerüchte umgehen über eine gewaltsame Umwälzung im Staat. Diese Gerüchte seien unwahr. Durch Besprechungen auf internationaler Basis werde eine Entwicklung im ruhigen Wege vorbereitet, bis dahin bleibe die jetzige Staatsform bestehen. Der Statthalter warnt vor Gewaltsanwendung, da Gewalt mit Gewalt gebrochen werde. Er richtete an die besonnenen Elemente die Bitte, sich vor unüberlegten Schritten zurückzuhalten. Gleichzeitig werden Proklamationen an das Volk verteilt, in denen mitgeteilt wird, daß die tschechisch-slowakische Republik proklamiert wird, und in der man sich gegen die Massenausfuhr von Lebensmitteln aus Böhmen wendet.

Die „unterdrückten Nationalitäten".

* **Genf**, 15. Okt. Der „Kongreß der unterdrückten Nationalitäten Österreichs", der in Paris abgehalten werden sollte, ist auf den ausdrücklichen Wunsch der französischen Regierung auf unbestimmte Zeit vertagt. Nach Mitteilungen der Pariser Presse ist die Maßnahme auf einen Schritt der amerikanischen Regierung zurückzuführen, die von den Beschlüssen des Kongresses eine Behinderung ihrer politischen Aktion befürchte.

Der englische Minister Carson bei einem Abendessen im Constitutional-Club in London am 20. November 1917:

„Es wird vielfach empfohlen, die Wohnungen der Barbaren zu bombardieren. Meiner Meinung nach ist es eine viel wirkungsvollere Offensive, die Geschäfte der Hunnen zu bombardieren, daß sie nach dem Kriege nicht mehr existieren, daß selbst ihre Fundamente nicht mehr vorhanden sind".

„Times" vom 21. November 1917.

Ein „tschechisches Kabinett" in Paris!

Basel, 15. Okt. In Paris ist mit Zustimmung der Entente unter dem Vorsitz von Professor Masaryk ein provisorisches tschechisches Kabinett gebildet worden, das einen integrierenden Bestandteil der in Böhmen zu schaffenden nationalen Regierung bilden soll.

Die österreichische Militärverwaltung in Polen.

Wien, 15. Okt. Amtlich wird verlautbart: die österreichisch-ungarische Monarchie ist bereit, die Militärverwaltung in Polen aufzulassen und die Verwaltung der polnischen Regierung zu übergeben, sobald diese zur Übernahme bereit ist. Die österreichisch-ungarische Monarchie wird alles tun, um der polnischen Regierung den Wiederaufbau der staatlichen Organisation zu erleichtern und ihr auf Verlangen derzeit die Polen noch fehlenden Mittel und Einrichtungen zur Verfügung zu stellen.

Pilsudskis Freilassung bevorstehend.

Warschau, 15. Okt. Nach den Informationen der hiesigen Presse hat Staatssekretär Dr. Solf dem Prinzen Radziwill geantwortet, daß er sich wegen der Freilassung des Legionenführers Pilsudski an die lokalen Behörden wenden möge. Wie verlautet, haben die Okkupationsbehörden bereits von der deutschen Regierung die Anweisung zur Freilassung Pilsudskis erhalten. Der frühere Brigadekommandant soll einen wichtigen Posten im neuen polnischen Kabinett erhalten.

Schwere Kämpfe in Flandern.

Mitteilungen des Wolffschen Telegraphen-Bureaus

Großes Hauptquartier, 15. Oktober.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern hat der Feind seine Angriffe auf breiter Front zwischen Zarren und der Lys wieder aufgenommen.

Es gelang ihm, über unsere vordere Stellung hinaus vorzudringen. Gegen Mittag kam der Kampf in der Linie Kortemark—östlich von Roeselare, das nach hartem Kampf in Feindes Hand fiel, südwestlich von Isegem und nordöstlich von Menen zum Stehen.

Menen und Wervik wurden gegen starke Angriffe behauptet. Übergangsversuche des Feindes über die Lys bei Komen vereitelt.

Bei erneuten Angriffen am Nachmittage gingen Handzame und Kortemark verloren, starke mit Panzerwagen geführte Angriffe beiderseits von Gits scheiterten. Zwischen Isegem und Menen konnte der Feind am Nachmittage nur noch wenig Boden gewinnen.

Erfolgreiche Vorfeldkämpfe westlich von Lille und am Haute Deule-Kanal. Am Selle-Abschnitt nördlich von Haussy und bei St. Souplet scheiterten Teilangriffe des Gegners.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

In dichtem Morgennebel brach der Feind östlich von St. Quentin über die Oise vor und faßte vorübergehend auf den Höhen südlich von Macquigny und nördlich von Origny Fuß. Umfassend angesetzter Gegenangriff warf ihn von den Höhen auf die Oise wieder zurück.

Heftige Teilkämpfe vor der neuen Front nördlich von Laon, westlich der Aisne und im Aisne-Bogen südwestlich von Grandpre.

Heeresgruppe Gallwitz. Zwischen der Aire und der Maas griff der Amerikaner mit starken Kräften an. Schwerpunkt der Kämpfe lag östlich der Aire und beiderseits der von Charpentry auf Bantheville führenden Straße. Die teilweise bis zu viermal wiederholten Angriffe sind bis auf örtlichen Geländegewinn beiderseits von Romagne gescheitert.

Südöstlicher Kriegsschauplatz. Auf den Höhen nordwestlich und nördlich von Nisch fanden kleinere Kämpfe statt.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Staatssekretär Gröber über die Kriegsanleihe:

Keine Regierung, kein Reichstag wird es jemals wagen dürfen, die Sicherheit der Kriegsanleihe anzutasten.

Gröber.

wtb. Berlin, 15. Okt., abends. (Amtlich.) An der Kampffront in Flandern setzte der Feind seine Angriffe fort, er konnte einige Geländevorteile in beschränktem Umfange erringen. Westlich der Maas entschieden sich Teilkämpfe zu unseren Gunsten.

Kleine Kriegspost.

Berlin, 15. Okt. Dem Admiral v. Capelle, bisherigen Staatssekretär des Reichsmarineamts, ist das Großkreuz des Roten Adlerordens mit Eichenlaub und Schwertern und der königlichen Krone verliehen worden.

Wien, 15. Okt. Der amtliche Heeresbericht meldet von der italienischen Front rege Gefechtstätigkeit. In Albanien vollziehen sich die Rückzugsbewegungen ohne wesentliche Störung durch den Feind.

Lugano, 15. Okt. Schweizer Blätter erfahren zuverlässig, daß in Serbien der Wunsch herrsche, das Friedensangebot der Mittelmächte anzunehmen.

Riga, 15. Okt. In Polnisch-Livland herrscht wegen des bevorstehenden Abzuges der deutschen Truppen eine panikartige Stimmung, da sich bereits der Bolschewismus bemerkbar macht.

Lissabon, 15. Okt. Über ganz Portugal ist der Belagerungszustand verhängt worden. Im Lande herrscht angeblich Ruhe.

Kriegs-✠-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

15. Oktober. Starke feindliche Angriffe in Flandern scheiterten; der Gegner machte nur geringen Bodengewinn. — Am Selle-Abschnitt wurden starke Teilangriffe des Gegners abgewiesen. — Auch an der Oise wurde der Feind nach Anfangserfolgen zurückgewiesen. — Starke Angriffe der Amerikaner zwischen Aire und Maas wurden abgeschlagen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✦ Die Eingliederung der neuzuernennenden **parlamentarischen Unterstaatssekretäre** in den Reichsämtern wird den bisherigen Geschäftsbetrieb wesentlich verändern. Da diese Unterstaatssekretäre keine eigene Abteilung leiten sollen, so werden sie in der Hauptsache an den Vorträgen der Referenten bei den leitenden Unterstaatssekretären sowie bei den Staatssekretären und an den sonst stattfindenden Vorbesprechungen und kommissarischen Beratungen beteiligt bleiben, so daß sie über alle Fragen unterrichtet und in der Lage sind, die Verbindung mit den Fraktionen des Reichstages zu unterhalten und die Vorlagen im Parlament zu vertreten. Die Unterstaatssekretäre der Reichsämter beziehen ein Jahresgehalt von 20 000 Mark, nur die Unterstaatssekretäre des Auswärtigen Amtes beziehen 25 000 Mark. Wahrscheinlich wird allmählich bei jedem Reichsamt ein parlamentarischer Unterstaatssekretär geschaffen werden.

✦ **Die Neuordnung in Elsaß-Lothringen** wird sich in den nächsten Tagen vollziehen. Während es feststeht, daß der Zentrumsabgeordnete Hauß zum Staatssekretär ernannt wird, ist die Personenfrage hinsichtlich der anderen Mitglieder noch nicht gelöst. Doch glaubt man in unterrichteten Kreisen annehmen zu dürfen, daß von sozialdemokratischer Seite der Abgeordnete Peirotes für das Unterstaatssekretariat der Finanzen, der fortschrittliche Abgeordnete Rechtsanwalt Dr. Burger für Justiz und Dr. Foret, Bürgermeister von Metz, für Landwirtschaft und Handel in Frage kommt. Es bestehe ferner die Absicht, Justiz und Kultus zu trennen und eine neue Abteilung für Kultus und Schulwesen zu schaffen. Hierfür soll der Landtagsabgeordnete Universitätsprofessor Dr. Müller oder der Abgeordnete Dr. Didio, beides katholische Geistliche, berufen werden.

Polen.

× **Die Errichtung eines Groß-Polen** soll jetzt durch das Zusammenarbeiten der Polen Deutschlands, Österreich-Ungarns und Kongreß-Polens durchgeführt werden. Zu diesem Zwecke fanden in Warschau Verhandlungen statt, an denen auch die deutsch-polnischen Abgeordneten von Tramscinski und Seyda teilnahmen. — In diesem Sinne hat auch die polnische Regierung Schritte eingeleitet, die auf die Teilnahme der polnischen Delegierten am allgemeinen Friedenskongreß abzielen. Die polnische Regierung bereitet ferner die Errichtung von Gesandtschaften im Auslande vor. Zunächst sind die Städte Kiew, Bukarest, Bern, Kopenhagen und Stockholm dafür in Aussicht genommen.

Rußland.

× **Das Schicksal der Zarin und ihrer Töchter** ist noch immer ungewiß. Da der Papst sich lebhaft dafür interessiert, hat die österreichisch-ungarische Regierung in Moskau Schritte unternommen, um den Aufenthaltsort der Verschwundenen festzustellen. Die Antwort lautete, man wisse nicht, wo sich die Zarin mit ihren Töchtern aufhalte. Da Zweifel an der Genauigkeit dieser Auskunft bestehen, wurde eine Vertrauenskommission mit Nachforschungen beauftragt.

Finnland.

× **Die vollzogene Königswahl** ist von dem größten Teil der Bevölkerung mit Genugtuung aufgenommen worden. Aus den Kreisen der Entente meldet sich zunächst Frankreich, das in einer amtlichen Mitteilung bekanntgibt, mit der Wahl eines deutschen Prinzen zum König von Finnland seien die Voraussetzungen für die Anerkennung Finnlands als selbständiger Staat hinfällig geworden. Zwischen Frankreich und Finnland bestünden von jetzt an keine amtlichen Beziehungen, doch verbleibe ein Konsularbeamter in Helsingfors, um das Interesse der französischen Staatsangehörigen zu wahren. Es steht zu erwarten, daß auch andere Ententestaaten eine ähnliche Erklärung abgeben werden.

Rumänien.

× **Die Abtretung der südlichen Dobrudscha an Bulgarien, die jetzt in alter Form seitens des Verbandes erfolgt ist, hat im ganzen Lande eine lebhafte Bewegung entflammt. Das amtliche Blatt „Steagul" meint, daß jetzt die Früchte der Politik Bratianus erst reiften. Rumänien sei zum zweiten Male von der Entente verraten worden. So belohnt die Entente ein Land, das sich für sie ins Feuer gestürzt und zugrunde gerichtet hat. So hält die Entente ihre feierlich übernommene Verpflichtung, uns wenigstens die Unversehrtheit unseres Gebietes zu verbürgen. Von allen Enttäuschungen und Schlägen, die das rumänische Volk im Laufe der Jahrhunderte erlitt, ist die Tat, die unsere gestrigen Verbündeten jetzt gegen uns begehen, das Schrecklichste und Entwürdigste.**

Aus In- und Ausland.

Berlin, 15. Okt. Der Kaiser hat an den scheidenden Chef des Geheimen Zivilkabinetts v. Berg ein Danktelegramm gerichtet und ihm den Stern der Komture des Hohenzollernschen Hausordens verliehen.

Berlin, 15. Okt. Der Reichskanzler empfing gestern den neuernannten Chef des Geheimen Zivilkabinetts Dr. v. Delbrück und den Gesandten im Haag Dr. Rosen.

Berlin, 15. Okt. Der deutsche Gesandte in Bulgarien, Graf Oberndorf, ist mit dem Gesandtschafts- und Konsulatspersonal hier eingetroffen.

Berlin, 15. Okt. Großadmiral v. Tirpitz hat an den Reichskanzler ein Telegramm gerichtet, in dem er versichert, daß die Vaterlandspartei bei den Bestrebungen, einen Frieden in Ehren herbeizuführen, hinter der Regierung stehe.

München, 15. Okt. Der bayerische Landtag wird morgen zu einer Sondersitzung zusammentreten, um eine Reihe wichtiger Gesetzentwürfe zu erledigen.

Genf, 15. Okt. Der Vereinsvorsitzende der elsaß-lothringischen Gesellschaft in Frankreich sandte an Clemenceau eine Adresse, worin gegen einen Waffenstillstand ohne vorherige Räumung Elsaß-Lothringens und gegen Präliminarien ohne Entschädigung für die Zerstörungen und Plünderungen energisch protestiert wird.

Lokaler Teil.

Wetterblatt für den 17. Oktober.

Sonnenaufgang	6^{29}	Monduntergang	2^{37} V.
Sonnenuntergang	5^{01}	Mondaufgang	3^{35} N.

1849 Komponist Chopin gest. — 1887 Physiker Kirchhoff gest. — 1898 Komponist Charles Gounod gest. — 1912 Serbien und Bulgarien erklären der Türkei den Krieg.

Hamsterfahrten um Kartoffeln und Brotgetreide.

Von seiten des stellvertretenden Generalkommandos geht uns folgendes zu:

Nach wie vor unternimmt ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung Fahrten auf das Land, um dort selbst Nahrungsmittel aufzukaufen (sogenannte „Hamsterfahrten"). Augenblicklich herrscht besonders das Bestreben, sich auf diese Weise den Jahresbedarf an Kartoffeln zu sichern. Durch die Ueberschwemmung des platten Landes mit Kartoffelhamsterern werden jedoch Kartoffeln in so erheblichen Mengen aus den Ueberschußkreisen ausgeführt, daß diese außer Stand gesetzt werden, so viel Kartoffeln aufzubringen, wie ihnen zur Ablieferung für die Allgemeinheit auferlegt sind. Darin liegt geradezu eine nationale Gefahr. Käme es dahin, daß die Ueberschußkreise hinter ihrem Lieferungssoll wesentlich zurückblieben, so würde es zur Unmöglichkeit, die der Bevölkerung zugesagte Wochenkopfmenge von sieben Pfund aufrecht zu erhalten. Und was soll werden, wenn bereits im Frühjahr die für die Wochenration der Bevölkerung bestimmten Kartoffelmengen erschöpft sind? Was dies für die Allgemeinheit bedeutet, braucht nicht näher dargelegt zu werden. Im vergangenen Sommer konnte das selbständige Ankaufen von Nahrungsmitteln auf dem Lande mit der Notlage, in der sich damals weite Schichten der Bevölkerung befanden, einigermaßen entschuldigt werden. Jetzt aber, bei Beginn des neuen Wirtschaftsjahres, zu einer Zeit, wo jeder die ihm zustehenden Rationen wieder regelmäßig erhält, muß das sogenannte „Hamstern" mit Rücksicht auf die dadurch entstehenden großen Gefahren für die allgemeine Versorgung von allen Behörden gleichmäßig bekämpft werden. Jeder, der ohne die vorgeschriebenen Lebensmittelkarten rationierte Lebensmittel, insbesondere Kartoffeln oder Brotgetreide, auf dem Lande aufkauft, nimmt dadurch seinen Volksgenossen einen Teil der ihnen zustehenden Nahrungsmittel fort und schädigt sie in unverantwortlicher Weise. Personen, die nicht imstande sind zu solchen Zwecken auf das Land zu reisen, werden dadurch geradezu dem Verderben ausgesetzt. Und nicht nur die ordnungsmäßige Versorgung der Zivilbevölkerung, sondern auch die des Heeres wird durch ein so eigennütziges Gebahren in Frage gestellt. Deshalb muß auf Anordnung des Kriegsernährungsamtes ebenso wohl gegen den gewerbsmäßigen Schleichhandel wie gegen die sog. Schleichversorgung, also überhaupt gegen jeden verbotswidrigen Ankauf von Nahrungsmitteln auf dem Lande, namentlich aber von Kartoffeln, nachdrücklich eingeschritten werden. Die Gendarmen, Polizeibeamten und Hilfspolizeibeamten sind von den Zivilbehörden mit entsprechenden Weisungen versehen worden. Die Bevölkerung muß daher aufs eindringlichste davor gewarnt werden, Kartoffeln, Brotgetreide und andere öffentlich bewirtschaftete Nahrungsmittel auf dem Lande selbst aufzukaufen. Das allgemeine Interesse erfordert es, daß solche verbotswidrig erworbene Lebensmittel rücksichtslos beschlagnahmt und die Käufer selbst zur Bestrafung angezeigt werden. Von der Einsicht der Bevölkerung erwartet das Generalkommando, daß sie den getroffenen Maßnahmen das nötige Verständnis entgegenbringen wird.

*

— Der Hamsterverkehr hat unter der Einwirkung der verschärften Anordnung des Landratsamtes bereits etwas nachgelassen. Es verdient Erwähnung, daß man auch in Nachbarkreisen eine verschärfte Kontrolle des Kartoffelhamsterns eingeführt hat. Ja, es kann gesagt werden, daß man selbst in den Industriestädten die Gefährlichkeit der einseitigen „Selbstversorgung" einiger Volkskreise auf Kosten der Allgemeinheit mehr und mehr einsehen lernt. Besonders wird man sich darüber klar, daß gerade dieser verbotene Schleichhandel die ungesündesten Preisverhältnisse schafft, unter deren Einfluß ja auch unsere Kartoffelversorgung so sehr leidet. Immerhin darf zugegeben werden, daß seit einigen Tagen die Privateinkellerung in der Stadt etwas reger in Gang gekommen ist. Dagegen sind die Zufuhren bei den Händlern nach wie vor sehr gering und so ungenügend, daß die Bürger lange nicht befriedigt werden können. Das vergebliche Kommen und lange Warten löst dann die verärgerten Zungen und so kommt es oft zu Szenen und Wortspielen, die zu den Gelöbnissen in der kürzlichen Kundgebung nicht recht passen wollen. Allerdings wird man mit Recht sagen, auch die Landwirtschaft gelobte damals alles für das weitere Durchhalten des Volkes einzusetzen. An dieses Versprechen muß angesichts des drückenden Mangels an dem unentbehrlichsten Nahrungsmittel in der Stadt besonders erinnert werden. Möge doch jeder Kartoffelerzeuger sich dieser seiner Pflicht gegen seine Landsleute erinnern und mit Macht endlich einmal dafür sorgen, daß die Kartoffelkalamität in Paderborn verschwindet. Kartoffeln sind genug da. Sie müssen nur auf rechtmäßigem Wege der Bevölkerung zugeführt werden.

— Noch dünneres Bier? Der „Deutsche Brauerbund" hielt in Berlin eine von etwa 300 Vertretern von Brauereien und Brauereiverbänden besuchte Versammlung ab. Ueber den Verlauf der Sitzung wird von beteiligter Seite u. a. folgendes mitgeteilt: „Der Gerstenpreis ist von der Reichsgetreidestelle für die Brauereien auf 500 Mark die Tonne, gegen bisher 460 Mark, festgesetzt worden. Der Einkaufspreis der Reichsgetreidestelle liegt erheblich unter diesem Preise. Durch den Ueberpreis, den die Brauereien zu zahlen haben, soll es angeblich ermöglicht werden, daß andere notwendige Nahrungsmittel durch die Reichsgetreidestelle unter dem Einkaufspreis geboten werden können. Aus den Kreisen der Brauereivertreter wurde gegen den Ueberpreis Widerspruch erhoben. In Anbetracht der geringen Gerstenzuteilung wurde der vom Kriegsernährungsamt eingeführte Mindeststammwürzegehalt (Extraktgehalt) der Biere von 2 Prozent einmütig für unhaltbar erklärt, wenn nicht die Rentabilität der Brauereien, und zwar namentlich der kleineren, untergraben werden solle. Schleunigste Aufhebung dieser Vorschrift betreffend den Mindeststammwürzegehalt wurde gefordert." Das heißt also mit anderen Worten, das Bier soll noch dünner werden.

— Die Hygiene des täglichen Kleingeldes. Da die Infektionskrankheiten bekanntlich durch kleinste Lebewesen, deren Durchmesser ein Tausendstel Millimeter beträgt, hervorgerufen werden, muß alles getan werden, um die Verbreitung dieser unsichtbaren, leicht haftenden Krankheitsüberträger hintanzuhalten. Besonders wichtig ist es, den Mund vor Berührung mit nicht ganz reinen Gegenständen zu bewahren, denn gerade die verbreitetsten Darmkrankheiten wie Typhus, Cholera und Ruhr werden durch Bakterien verschuldet, deren Weg in den Körper fast ausschließlich durch den Mund führt. Darum lag stets der Gedanke nahe, daß die Krankheiten besonders leicht durch unser Papier- und Nickelgeld verbreitet würden, da ja das Geld durch tausend unbekannte Hände geht, und da man den Finger, der einen Schein oder eine Münze berührt, nur allzu leicht zum Munde führt. Wie Dr. Piorkowski vor kurzem in der „Umschau" ausgeführt hat, unternahm er eingehende Untersuchungen, um über die Menge und Art der Keime Aufschluß zu erlangen, die sich auf Papier- und Nickelgeld vorfanden, das längere Zeit in Gebrauch war. Zu diesem Zweck wurden abgeschnittene Teilchen der kleinen Papiergeldsorten sowie Nickel- und Eisenmünzen in bakteriologische Nährflüssigkeiten eingeführt und nach kurzer Aufbewahrung bei Zimmer- oder Körpertemperatur zum Wachstum veranlaßt. Hierauf wurde ganz einfach die Art der gefundenen Bakterien mit den hierfür üblichen Methoden festgestellt. Es ergab sich, daß es sich hauptsächlich um harmlose Bakterien handelte.

* Über die Versorgung der Bevölkerung mit Kleidung herrschen noch vielfach Unklarheiten. Wohl hat die Ersatzstoffindustrie große Fortschritte gemacht und fast vollwertigen Ersatz für Woll- und Baumwollgewebe hervorgebracht. Es fehlen jedoch, wie der stellvertretende Vorsitzende der Reichsbekleidungsstelle mitteilt, die technischen Einrichtungen und andere Voraussetzungen, um die Bevölkerung in absehbarer Zeit ausreichend mit Bekleidung aus diesem Gewebe zu versorgen. Auf eine Verbilligung der Ersatzstoffe werde hingewirkt. Die Versorgung der Arbeiterschaft mit Arbeits- und Berufskleidung durch die Reichsbekleidungsstelle werde von den Arbeitgebern noch nicht genügend beachtet. Für die Metall verarbeitende Industrie, die chemische Industrie, das Verkehrsgewerbe sowie auch für die Rüstungsindustrie aller übrigen Industrien könnten durch Vermittlung der Reichsbekleidungsstelle Männeranzüge, Frauenkleider, Schutzkleider, Schürzen, Mäntel und anderes mehr bezogen werden. Für ein Viertel der bezugsberechtigten Arbeiter würden die Kleidungsstücke sofort lieferbar sein, und für ein weiteres Viertel könnten Bezugsscheine ausgestellt werden.

□ Wartpreise des Schleichhandels. Bei den Erörterungen über den Fortfall oder Abbau der jetzigen Zwangswirtschaft in der Lebensmittelversorgung wird vielfach der Besorgnis Ausdruck gegeben, daß die Lebensmittelpreise ins Ungemessene steigen würden, und daß dann die Ernährung der Bevölkerung eine noch ungünstigere sein würde als jetzt. Demgegenüber sei darauf hingewiesen, daß der Schleichhandel im Inland eine solche Ausdehnung angenommen hat, daß schon eine Marktpreisbildung bei ihm zu verzeichnen ist. Dieselbe scheint in Verbindung mit dem Lebensmittelhandel im besetzten Gebiet und darüber hinaus im neutralen Auslande zu stehen. So werden zurzeit in Wilna folgende Preise im freien Verkehr in den Läden der Stadt sowie besonders in der Markthalle gezahlt: Für ein russisches Pfund (400 Gramm) Weizenmehl 4—5 Mark, Weizengrieß 5,50—6 Mark, Roggenbrot 2,80 Mark, Weizensemmel 7 Mark, Zwieback 10 Mark, Speck 17—20 Mark, Butter 17—18 Mark, Talg 16 Mark, magerer Rollschinken 10—12 Mark, Reis 8 Mark, Tee 64 Mark, Kaffee gebrannt 30 Mark, ungebrannt 28 Mark, Haferflocken 4 Mark, Graupen 3 Mark, Erbsen 2,50 Mark, Linsen 3 Mark, Bohnen 7 Mark, ein Ei 85 Pfennig, Kartoffeln 35—50 Pfennig, Weißkohl 10—12 Pfennig, Mohrrüben 30—40 Pfennig, Kümmel 7 Mark, Kartoffelmehl 3,80 Mark, Malz, gebr. Gerste 2,50 Mark, deutscher Würfelzucker 8 Mark, russischer Würfelzucker 9 Mark, Streuzucker 6—7,50 Mark. Ähnlich sind auch in Deutschland die Preise. So sei nur daran erinnert, daß in Berlin die Brotkarte (1950 Gramm) zu 6—7 Mark im Schleichhandel vertrieben wird.

□ Die Kartoffelration. In Verbraucherkreisen wird immer mehr der an sich berechtigte Wunsch auf eine Erhöhung der Kartoffelration laut. Ausschlaggebend für die Entscheidung dieser Frage ist einmal der Ernteausfall und außerdem der Umfang der Wagengestellung seitens der Eisenbahn. Mit der Ernte dürfen wir durchaus zufrieden sein; ein stellenweise geringerer Ertrag wird durch die Steigerung der Anbaufläche ausgeglichen. Auch die Beschaffenheit der Kartoffel ist meist gut. Die vielfach durch die anhaltenden Niederschläge der letzten Zeit entstandenen Befürchtungen haben sich glücklicherweise als nicht berechtigt herausgestellt. Es ist mit einer guten Haltbarkeit der Kartoffeln zu rechnen. Die Transportfrage dagegen liegt wenig günstig. Zur Erhöhung der Ration wäre vor Eintritt der Frostperiode eine erheblich stärkere Zufuhr, vor allem in die großen Verbrauchszentren, erforderlich, als sie augenblicklich und in der nächsten Zeit, trotz Inanspruchnahme aller verfügbaren Wagen, ermöglicht werden kann. Daher muß damit gerechnet werden, daß die Wünsche nach einer reichlicheren Belieferung mit Kartoffeln in absehbarer Zeit nicht erfüllt werden können.

* Die dieser Tage beschlossene starke Einschränkung des Reiseverkehrs veranlaßt die Behörden zu folgender Mahnung: Während dieser Zeit der Einschränkung jede unnötige Reise zu unterlassen und die Eisenbahn nur im äußersten Falle zu benutzen, ist ein dringendes Gebot für alle. Von allen Vaterlandsfreunden muß erwartet werden, daß bei der Not der Zeit dieser ernsten Mahnung voll Rechnung getragen wird. Nur dann hofft die Eisenbahnverwaltung von weitergehenden in das öffentliche Leben tief einschneidenden Maßnahmen absehen zu können. Vor Ausführung einer Eisenbahnfahrt muß daher jeder prüfen, ob diese Reise nicht unterbleiben kann und dabei eingedenk sein, daß der die Kriegführung schädige und die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Kohle erschwert, der unnötig reist.

Paderborner Stadtchronik.

Ausgabe von Petroleumscheinen in Paderborn.

Petroleumscheine für Oktober werden im Rathaussaale ausgegeben: am 17. Oktober für die Straßen mit den Anfangsbuchstaben A bis einschließlich G; am 18. Oktober für die Straßen H bis einschl. M; am 19. Oktober für die Straßen N bis Z. Die Ausgabe der Scheine erfolgt nur gegen Vorzeigung der roten Haushaltungsliste und der Petroleumkarte pro 1918 und zwar nur an Landwirte und solche Familien, die durchaus keine Beleuchtungsgelegenheit haben.

— Kundgebung der Paderborner Frauenwelt. Morgen, Donnerstag, findet im Rathaussaale eine große vaterländische Versammlung der Paderborner Frauenwelt statt, in der Domkapitular Prof. Rosenberg einen Vortrag über „Deutschlands ernste Stunde" halten wird. Die Einladung dazu ergeht an alle Frauen und zwar von den Vorständen des Vaterländischen Frauen-Vereins, des kath. Frauenbundes, des evangel. Frauen-Vereins und des israelitischen Frauen-Vereins aus. Es darf somit erwartet werden, daß die Frauenwelt aus allen Kreisen und Konfessionen sich stark an der Kundgebung beteiligen wird, was auch in Anbetracht des großen Ernstes der Stunde nicht anders sein darf. (Siehe Anzeige.)

— Ein Landregen setzte gestern nachmittag ein, der bis in die Nacht hinein anhielt und die Feldmark wieder gründlich aufweichte. Der Kartoffelernte ist die neue Feuchtigkeit nicht gerade günstig. Der Regen bewirkte aber eine recht merkliche Erwärmung. Die Bäume an den Promenaden entblättern sich zeitiger, wie man das in früheren Jahren gewöhnt war. Hoffentlich ist dies kein Vorzeichen für einen frühen Winter.

— Auf dem Gymnasialplatze hängt wieder das große Kriegsanleihe-Thermometer aus, wie das auch bei den voraufgegangenen Kriegsanleihen der Fall war. Die angedeutete Quecksilbersäule ist bis auf 15 000 Mk. gestiegen, die bis jetzt von der Anstalt gezeichnet worden sind.

= **Ein bunter Unterhaltungsabend** wird am Samstag, den 19. Okt., abends 8 Uhr zugunsten der Kolonialkriegerspende im großen Bürgervereinssaal stattfinden. Unter anderem wird Herr Thomas mit zauberischen Darbietungen und humorvollen Weisen, Schauspieler Ernst Stulken-Berlin durch ernste und heitere Vorträge, Herr Breyer, Solist für Violoncello (kgl. Hofoper Berlin) und die drei erstklassigen Parterre- und Leiterakrobaten, sowie die „zwölf ukrainischen Bauern" den Paderbornern einige frohe Stunden bereiten.

Von Nah und Fern.

= Bielefeld, 14. Okt. Vergangene Nacht ist die Dalker Zellstoff- und Papierfabrik im benachbarten Senne II ein Raub der Flammen geworden. Das Werk war bis vor einem Jahre im Besitz des Geh. Kommerzienrats Max Drexel, es wurde dann in eine G. m. b. H. umgewandelt. Die von dieser errichteten Neubauten sind bis auf das Gebäude mit der großen Dampfmaschine ebenfalls den Flammen zum Opfer gefallen. Der Schaden ist bedeutend, der Betrieb muß ruhen.

? Gaualgesheim, 14. Okt. Einem Landwirt verbrannten 20 000 Mark Papiergeld, die er sich im

---

Der Traum in Feindesland

Roman von Julius Schoenthal.

(Nachdruck verboten.)

27. Fortsetzung.

Ein Diener nahm ihm den Überwurf ab. Einem zweiten überreichte er noch im Ankleideraum seine Karte und ersuchte, Herrn Atterley herauszubitten.

Nach weniger als einer Minute kehrte der Diener zurück und teilte ihm mit, Herr Atterley sei noch nicht anwesend, müsse aber jeden Augenblick eintreffen . . . Ob er nicht einstweilen an einem Tisch im Barraum Platz nehmen wolle? Herr Atterley sei bestimmt in längstens einer Viertelstunde hier.

Der Hauptmann biß sich verärgert auf die Lippen. Dann griff er nach seinem Mantel. Er wolle in einer Stunde wieder vorsprechen.

Er stieg die Treppe hinab und suchte eine nahegelegene Speisewirtschaft auf, um einen kleinen Imbiß zu sich zu nehmen.

Als er nach reichlich einer Stunde zurückkehrte, war Atterley anwesend. Durch die Glasscheiben des Barraums erkannte ihn der junge Offizier bereits. Er saß auf dem Ledersofa einer Nische. Vor sich auf dem Tischchen hatte er die übliche Whiskyflasche und das Sodawasser stehen.

Neben ihm zappelte auf einem Stuhl ein hageres Männchen mit einem gelben Gesicht, einen goldgeränderten Kneifer auf der spitzen Nase und redete eifrig auf den Journalisten ein. Während Longford sich gemächlich aus dem Überwurf schälte, hörte er das alte Männchen zwitschern:

„Der schönste Nebenverdienst, den sich ein Mann von Ihren Gaben in der gegenwärtigen Zeit schaffen kann. Ich bitte Sie, alle Tage geschieht doch irgend etwas in den feindlichen Ländern. Es wird Ihnen doch eine Kleinigkeit sein, meinetwegen hier in der Bar, jeden Tag ein halb Dutzend Witze oder satirische Glossen über unsere Feinde zu machen."

In elegischem Tone erwiderte Atterley:

„Tut mir leid, tut mir wirklich leid. Sie stellen sich das einfacher vor, als es ist. Die Dinge, über die man die Lauge seines Spottes ausgießen könnte, ereignen sich leider nicht in den feindlichen Ländern, sondern bekanntlich bei uns, und darüber darf man keine Witze bringen, verklebt sich . . . ich habe aber noch einen zweiten Grund —"

In diesem Augenblick brach er ab; denn der Diener hatte ihm Longfords Karte gebracht. Man vernahm deutlich die großartig gesprochenen und für ein weiteres Publikum berechneten Worte:

„Ich muß zu meinem Bedauern jetzt um Entschuldigung bitten. Ein Hauptmann vom Generalstab wünscht mich zu sprechen."

Der Offizier lächelte unwillkürlich. Ohne ein bißchen Pose ging's nicht ab.

Der Journalist trat heraus und streckte ihm freudestrahlend beide Hände entgegen.

„Also haben Sie meiner doch nicht ganz vergessen?"

Longford verneigte sich artig.

„Wie sollte ich das? Sie waren ja der erste Mensch, der mir den Willkommgruß Altenglands bot."

Atterley führte den Offizier an seinen Tisch.

„Sie kommen gerade recht." Seine Stimme umdüsterte sich. „Ich bringe nämlich meinen Leichnam zum Begräbnis."

Der Hauptmann zog die Brauen zusammen.

„Wollen Sie mir einen Gefallen erweisen, Herr Atterley? Ich will vorausschicken, daß ich Sie sehr hochschätze. Sie sind zweifellos ein junger Dichter, den wie alle jungen Dichter das Mißgeschick etwas derb gerüttelt hat. Nun, Sie sind sicherlich jung genug, um den Kampf mit dem Schicksal noch eine Weile aufnehmen zu können. Glauben Sie mir, eines Tages läßt sich die neckische Dame, das Glück, schon zu einem längeren Stelldichein bewegen. Aber . . . lassen Sie bitte die Theatralik. Ich würde Sie noch viel höher schätzen, wenn Sie zu mir rein menschlich sprächen."

Atterley schwieg befremdet. Nach einer Weile reichte er ihm die Hand.

„Sie haben recht!" sagte er leise.

„Wenn ich recht habe", fuhr der Hauptmann beherzt fort, „dann erklären Sie mir vielleicht zunächst ihre orakelhafte Warnung: „Setzen Sie sich nie mit Lord Southriffe an den Spieltisch und lassen Sie sich nie von Lady Edith die Wohnung zeigen!"

„Das ist ganz wörtlich zu nehmen", versetzte der andere ernsthaft. „Der Lord ist ein Mensch, der seine Opfer am Spieltisch fängt. Sehen Sie, Sie spielen mit ihm. Meinetwegen „Einundzwanzig". Sie setzen. Mindestens 1 Pfund. Gewinnen Sie, so werden Sie weiterspielen, bis Sie — eben verloren haben. Wenn Ihr Verlust aber — sagen wir, um ein Beispiel zu nehmen, 100 Pfund erreicht hat, dann hören Sie auf, müssen Sie aufhören. Ihn würde ja ein Verlust von 100 Pfund nicht stören. Aber Sie können nicht weiter, außer Sie wüßten: im nächsten Augenblick schlägt das Glück um und läßt Sie gewinnen. Da Sie das nicht wissen, müssen Sie aufhören. Er verliert nie und gewinnt meistens, weil er den längeren Atem bei seiner Unbekümmertheit um Spielverluste hat. Es ist eine alte Geschichte, daß Leute mit kleinerer Börse bei einem bestimmten Verluste aufhören müssen und darum verlieren immer die Leute mit kleineren Börsen . . . So ist es auch mir mit dem Lord ergangen. Ich war ihm urplötzlich 120 Pfund schuldig und da konnte er mit mir machen, was er wollte. Ich habe die Schuldscheine langsam eingelöst; aber hart genug ist mir's angekommen. Seit der Zeit spiele ich nicht mehr, weder mit Lord Southriffe noch mit einem andern. Ich weiß, daß er mich zum Spielen verleitet hat, um mich zu seinem Sklaven zu machen . . . Das heißt, er hat auch noch feinere Mittel gehabt, oder, wenn Sie wollen, abgefeimtere. Denn, ehrlich gesagt, der Lord ist ein —"

Der junge Offizier erhob sich und fiel seinem Gegenüber in die Rede.

(Fortsetzung folgt.)

Krieg erspart hatte und im Wäscheschrank aufhob. (Die Sparkasse war dem Abgebrannten wohl nicht sicher genug.)

= **Münster**, 16. Okt. Die Stadtverordneten beschlossen mit 25 von 35 Stimmen den Ankauf des nahe der Stadt gelegenen Gutes Haus Geist zum Kaufpreise von 1 312 500 Mk. Der Ankauf dieses 525 Morgen großen Gutes soll der landwirtschaftlichen Ausnützung durch die Stadt und Siedlungszwecken dienen. Der Kaufpreis von 2500 Mk. für den Morgen wurde bei der Lage des Gutes für angemessen erklärt. Das Gut umfaßt im ganzen 383 Morgen Ackerland, 131 Morgen Waldgelände und 11 Morgen, die sich auf Hofraum, Wege und Gräben verteilen. — Ein Stadtverordneter bat um Aufklärung über die in der Stadt umlaufenden Gerüchte wegen bevorstehender erheblicher Einquartierung. Oberbürgermeister Dieckmann erwiderte, es sei allerdings anzunehmen, daß, wenn die Front zurückgenommen werde, mit Einquartierung zu rechnen sei. Augenblicklich haben nur einige Schulen geräumt werden müssen, um sie für Lazarettzwecke herrichten zu lassen. Zu irgendwelcher Beunruhigung liege kein Grund vor.

× **Warendorf**, 15. Okt. Auf Anordnung der Königl. Staatsanwaltschaft wurde die Leiche der Ehefrau des Ackerers Bernhard Wellerdiek, geb. Bensmann, ausgegraben und zur Oeffnung zur Leichenhalle im Krankenhause gebracht. Wie der „Neue Emsbote" mitteilt, wird vermutet, daß die Frau Wellerdiek, die am 9. Februar 1915 nach auffälligen Krankheitserscheinungen rasch verschieden war, keines natürlichen Todes gestorben ist. Man nimmt an, daß der Tod infolge Vergiftung eingetreten ist. Dieses Gerücht kursierte schon lange und wurde durch die unglückselige Tat des Ehemannes der Verstorbenen erheblich genährt. Deshalb mußte die Angelegenheit, um der öffentlichen Meinung entgegenzutreten, Gegenstand einer Untersuchung werden. Der Ehemann der Verstorbenen, der am Donnerstag voriger Woche wegen Tötung seines Vaters vom Schwurgericht in Münster zu vier Jahren Gefängnis verurteilt worden war, wurde zu der Ausgrabung und Leichenöffnung durch einen Kriminalbeamten aus Münster vorgeführt. Der ganze Vorgang machte auf Wellerdiek keinerlei Eindruck. Ob sich der Verdacht der Vergiftung bestätigt hat, wird die weitere Untersuchung ergeben. Die Leiche wurde abends wieder beerdigt.

:!: **Duisburg**, 16. Okt. Auf der Tagung der Rhein.-Westfäl. Sprachvereine forderte Geheimrat Prof. Trautmann eine gesetzliche Handhabe, ein Sprachgesetz, um dem Fremdwörterunwesen im öffentlichen Leben zuleibe rücken zu können. Als nächster Ort der Tagung wurde Elberfeld gewählt.

)(**Köln**, 16. Okt. In dem Orte Hasbach bei Hoffnungstal (Bez. Köln) fand man gestern den Händler Peter Asselborn durch Beilhiebe ermordet vor. Da die ganze Wohnung durchwühlt ist und die Türen erbrochen sind, liegt die Vermutung sehr nahe, daß es sich um einen Raubmord handelt.

× **Braunschweig**, 15. Okt. Die Herzogin von Braunschweig, der Erbprinz und dessen Schwester, ferner die Gattin, der Sohn und die Tochter des Reichskanzlers Prinzen Max von Baden sind an der Grippe im Residenzschloß zu Braunschweig erkrankt. Die Gattin des Reichskanzlers ist als geborene Herzogin von Cumberland eine Schwägerin der Herzogin Viktoria Luise von Braunschweig. — Der herzogliche Hofarzt Medizinalrat Albrecht ist gestern an der Grippe gestorben.

Vermischtes.

o 34 450 Mark für zwei Briefmarken. Bei einer Briefmarkenversteigerung in Berlin wurden für ein Briefstück mit zwei seltenen Bergedorfmarken, die verkehrt gegeneinander gedruckt waren, 34 450 Mark bezahlt, das ist der höchste Preis, der bisher auf einer Briefmarkenversteigerung erreicht worden ist. (Bisher war der höchste Preis 7200 Mark für eine Sachsen 3-Pf.-Marke.)

o Hungersnot in Montenegro. Schweizerische Blätter melden, Montenegro habe sich mit einem flehentlichen Hilferuf an die Schweiz gewandt und sie um Lebensmittel gebeten, da seine Bevölkerung sonst dem Hungertode preisgegeben sei.

Letzte Drahts- u. Korrespondenzmeldungen

Zur neuen Antwort Wilsons.

cb. **Berlin**, 16. Okt. Während Wilson früher mehrfach erklärt hat, sich nicht in die Angelegenheiten anderer Völker einmischen zu wollen, weicht er in der jetzigen Note von dem früher verkündeten Grundsatze ab. Im übrigen sind schon seit einiger Zeit Bestrebungen im Gange, gewisse Verfassungsbestimmungen aufzuheben, was auch inzwischen bereits geschehen ist.

Einige Pressestimmen.

„Köln. Volksztg.": Die Note ist, wie man sieht, derart, daß wir Deutsche unsere Hoffnungen auf einen nahen Rechtsfrieden ohne Demütigung unseres Volkes stark herabschrauben müssen. Nun scheint ja in Washington die Verhandlung oder den Notenaustausch fortsetzen zu wollen, aber unter Bedingungen, die zum mindesten unserer Regierung die Fortführung der Verhandlungen aufs äußerste erschweren. Wir müssen es unserer Regierung natürlich überlassen, wie sie sich dazu stellt und was sie glaubt, verantworten zu können. Das deutsche Volk aber muß erkennen, daß es nicht schwach werden darf, daß es noch seine ganze Seelenstärke und Mannhaftigkeit braucht, sei es trotz allem zu einem Frieden, der uns in Ehren bestehen läßt, sei es zum letzten schweren Kampfe um Freiheit und Leben!

„Münst. Anzeiger": Wir müssen zu unserm großen Bedauern sagen, daß die neue Note jeder Sachlichkeit bar ist, dafür aber einen Ton aufweist, der eine Fortführung der Verhandlungen auf das Höchste erschwert. Wir konnten auf mancherlei Meinungsverschiedenheiten gefaßt sein, aber nicht auf eine Anrempelei, die der Chauvinisten-Presse entnommen ist. Wilson vergißt, daß er es mit einer Nation zu tun hat, die Opfer zu bringen bereit ist, aber nicht das Opfer ihrer Ehre, Opfer für den Frieden, aber ebenso gut auch Opfer für unsere Ehre, und darum bleibt uns nichts übrig, als diese Note nach Form und Inhalt zurückzuweisen.

Papst Benedikt an Wilson.

Die „Associated Preß" meldet aus Rom: Der Papst wandte sich persönlich an Wilson und drückte die Hoffnung aus, daß sein erleuchteter Geist, sein besonnenes Urteil und stark menschliches Empfinden dem Präsidenten ermöglichen werde, eine beiderseits befriedigende Regelung zu finden.

Erschreckend traurige Ernte in Frankreich.

TU. **Haag**, 16. Okt. Senator Gonnot schreibt im „Petit Journal": Da die Ernte jetzt vorbei ist, können wir die Lebensmittellage überblicken. Es ist geradezu erschreckend, wie traurig es in diesem Jahre mit der Ernte bestellt ist. Obst und Gemüse gibt es fast gar nicht, so daß im Winter auch keine Konserven zur Verfügung stehen werden. Mit den Kartoffeln, die im vorigen Jahre unsere Rettung waren, ist es schlecht bestellt. Abgesehen von Weizen, der gut geraten, müßte die Getreideernte als mäßig angesehen werden. Zur Brotversorgung fehlen uns 30 bis 40 Millionen Hektoliter. Es wird nichts anderes übrig bleiben, als zu hohen Preisen Einfuhrwaren zu beziehen.

An die Adresse der Türkei.

Bern, 15. Okt. Englische Blätter fordern die bedingungslose Kapitulation der Türkei. Nachher würde das Schicksal der Türkei durch die Alliierten geregelt werden. Die Türkei müsse den Verbündeten die Dardanellen, den Bosporus und ihre Kriegsschiffe ausliefern, müsse ihre Truppen von der wahnsinnigen Expedition nach dem Kaukasus und Serbien zurückziehen, Baku ausliefern, Syrien räumen und den Verbündeten alle Erleichterungen geben, um die deutsche Flagge vom Schwarzen Meer zu entfernen.

Eine Friedensmehrheit im Unterhaus?

Basel, 15. Okt. Der Parlamentsmitarbeiter des „Manchester Guardian" schreibt, daß im englischen Unterhause eine Dreifünftel-Mehrheit für den sofortigen Eintritt in Friedensbesprechungen auf Grund der Wilsonschen Vorschläge vorhanden sei.

Furcht vor den U-Booten.

Bern, 15. Okt. Churchill mahnte in einer öffentlichen Ansprache zu größter Vorsicht gegenüber dem deutschen Friedensangebot, namentlich wegen der Tauchbootgefahr. Wenn die Deutschen in der Lage wären, während einer sich hinziehenden Periode von Verhandlungen die Stärke ihrer Tauchbootwaffe zu steigern, dann könne der Endkampf, in dem die Verbündeten zu siegen beginnen, ein ganz anderes Ende nehmen.

Die türkische Kabinettskrise.

Wien, 15. Okt. Nach Nachrichten aus Konstantinopel soll es Tewfik Pascha nicht gelungen sein, ein Kabinett zu bilden. Nunmehr wurde Izzet Pascha mit der Kabinettsbildung betraut.

Wetterlé gegen Volksabstimmung.

Bern, 15. Okt. Die in Frankreich weilenden Elsaß-Lothringer, darunter Abbé Wetterlé, Helmer, Hansi, Zislin, haben eine Erklärung unterzeichnet, in der sie davor warnen, daß die „Wiedergutmachung des durch den Frankfurter Vertrag verletzten Rechts" von einer Volksabstimmung abhängig gemacht werde.

Große Unruhen in Turkestan.

Stockholm, 15. Okt. Meldungen der russischen Presse zufolge sind in Turkestan große Unruhen ausgebrochen. Taschkent soll in Flammen stehen. Aufständische Bauernhorden ziehen gegen die Stadt und werden von Soldaten der früheren russischen Armee unterstützt. Der Sowjet von Taschkent ist geflüchtet.

†

Das Jahresseelenamt
für unsere liebe verstorbene Mutter
Frau Gärtnereibesitzer Ad. Bergener
ist Donnerstag, den 17. Oktober 1918 8 Uhr in der Herz-Jesu-Kirche, wozu freundlichst eingeladen wird.

Tüchtige
Montagearbeiter
gesucht. **Monteur Kluge,**
Eisenbahnwerkstätte **Nord.**

Ihre Drucksachen
werden in der Buch-
– druckerei des –
Paderborner Anzeigers
schnell, billigst und in moderner Ausstattung hergestellt.
Bestellungen werden in d. Geschäftsstelle des
Paderborner Anzeigers, Bahnhofstr.
entgegen genommen.

Bürgervereinssaal.
Sonntag, den 20. Oktober, nachmittags 5 Uhr
II. Aufführung des Schauspiels
„Heiliges Feuer"
von P. Paul Humpert O. M. J.
von der Jungfr.-Kongr. der Herz-Jesu-Pfarre.
Preise der Plätze: I. numerierter Platz 2 M, II. Platz 1 M. Karten sind zu haben in den Geschäften **Fr. Pommer u. J. Terfort**, Bahnhofstr., sowie bei den Mitgliedern und an der Kasse. Kinder unter 14 Jahren haben keinen Zutritt.
Saalöffnung 4½ Uhr.

Donnerstag, den 17. d. Mts.,
abends 8 Uhr
im hiesigen Rathaus-Saale
Grosse Vaterländische Versammlung
der Frauen und Jungfrauen Paderborns.
Vortrag des Herrn Domkapitulars Professor Rosenberg:
„Deutschlands ernste Stunde".
Die Frauen und Jungfrauen Paderborns werden zu zahlreichstem Besuch freundlichst eingeladen.
Die Vorstände des
Vaterländischen Frauen-Vereines
Katholischen Frauen-Bundes
Evangelischen Frauen-Vereines
Israelitischen Frauen-Vereines.

Zu Gunsten der Kolonial-Kriegerspende
Samstag, den 19. Oktober, abends 8 Uhr
im Bürgervereinssaal
Bunter Unterhaltungsabend
veranstaltet von Angehörigen der Geschwaderschule.
Leitung: Herr Willy Thomas.
Mitwirkende:
Herr **Ernst Stulken**, Schauspieler, Berlin.
„ **Hans Breyer**, Cello-Solist, a. d. Kgl. Hofoper-Berlin
Thellon-Truppe, Parterre- u. Leiterakrobaten
Ukrainische Bauerntruppe.
Musik: Mitgl. der Kapelle des Ers.-Batl. I.-R. 158
Preise der Plätze im Vorverkauf in der Zigarrenhandlung **Breker**, Westerntor: Sperrsitz numeriert 2,—, I. Platz numeriert 1.50, Saalplatz 1.— Mk. Militär I. Platz u. Saalplatz die Hälfte An der Abendkasse für jeden Platz 50 Pfg. Aufschlag.

Körbe rund, aus grünen Weiden, für Obst und Kartoffeln, in Preislagen von Mk. 6.—, 5.—, 4.—, 3.25 anbieten mit und ohne Deckel (0.75 Mk. das Stück extra). **F. Stelldinger sen. & Co.,**
Berlin W. 30, Berchtesgadenerstraße 35.
Telgr.-Adr. Digstell-Berlin.

Reparieren Sie Schuhe selbst?
(Von der Erf.-Sohl.-Ges. Berlin geprüft u. zum Handel zugelassen.) Bei vorzüglicher Haltbarkeit liefere ich Ia Isolier-Sohlen-Ersatz-Platten. Das Beste für nasses, kaltes Wetter. Ist vollständig wasserdicht, warm elastisch wie Leder und läßt sich wie solches nageln, nähen und mit Eisenschonern beschlagen. 1 St. 50 mal 20 cm groß ist 3—4 Paar Sohlen und Absätze Mk. 12.50 portofrei.
Heinrich Langer, Heidenau-Dresden.

Bekanntmachung
Auf Grund des §§ 11 und 12 der Verordnung über Gemüse, Obst u. Südfrüchte vom 3. April 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 307) wird bestimmt:
§ 1. Die Verordnung über Herbstgemüse und Herbstobst vom 19. Juli 1918 (Reichsanzeiger 176 vom 29. Juli 1918 (Reichsanzeiger 176 vom 29. Juli 1918) wird für das Gebiet des Deutschen Reiches auf Runkelrüben ausgedehnt.
§ 2. Die Bekanntmachung tritt drei Tage nach ihrer Verkündigung in Kraft.
Berlin, den 28. Sept. 1918.
Reichsstelle für Gemüse und Obst.

Freiwillige
Krieger-Sanitäts-Kolonne vom Roten Kreuz Paderborn.
Freitag, den 18. ds. Mts., nachmittags 4½ Uhr
Antreten vor dem Geschäftszimmer zur Teilnahme an der Feuerwehrübung.
Der Vorstand.

Sägemüller
— auch Kriegsbeschädigter — für dauernde Beschäftigung gesucht. Eintritt kann sofort erfolgen.
Ant. Willeke,
Neuhaus i. Westf.

Tüchtiges
Mädchen,
oder einfaches **Fräulein**
im feinen Haushalt für alle Hausarbeit sucht baldigst
Frau Dr. med. Kesselburg,
Honnef a. Rh.

Privat
Mittag- und Abendtisch
empfiehlt
Frau Märten.
Paderborn, Westernstraße 5

Pianos, Harmoniums, Orchestrion
stimmt und repariert
Jos. Künzl, Paderborn
Neuhäuserstraße.

Radfahren
ist erlaubt auf
Voll-Gummi-Ersatzbereifung
Bequemes geräuschloses Fahren zu haben nur bei
Peter Born
Paderborn, Grube 8.
Telefon 578.
Reparaturen prompt.
Sämtliche Zubehörteile.

Löffel
Ia versilbert, p. Dtzd. 52 M.
IIa versilbert p. Dtzd. 48 M.
Ia vernickelt p. Dtzd. 33 M.
verzinkt p. Dtzd. 15 M.
auch f. bessere Hotels geeignet.
Versand gegen Nachnahme.
Bern. Haupt, Solingen.
Telephon 1760.

Geld für Personen jeden Standes sof. zu haben
R. Calderarom, Hamburg 5

Eßlöffel,
Stahl, prima versilbert, per Dtzd. Mk. 14.—, dazu passende
Kaffeelöffel
per Dtzd. Mk. 8.50 (bei Abnahme von mehr als zwei Dutzend 5% Rabatt) versendet franko Nachnahme
Heinr. Palzhoff,
Wickede an der Ruhr.

Kainit
billigst
Landwirtschaftlicher Kreisverein Paderborn.

Kaufmännische Ausbildung,
Weiterbildung für Damen und Herren im Gruppen- :: und Einzel-Unterricht :: Ausführl. Lehrplan frei.
Blanck & v. Boehn, Cassel 40.

Für Militär!
Browningpistolen und Munition
Taschenlampen
in allen Preislagen u. — mit Metallfadenbirnen —
Batterien nur beste von mir ausgeprobte Qualitäten.
Luntenfeuerzeuge u. Lunte Ersatzsteine billigst
Joh. Wilh. Schnitz,
Telefon 558. Paderborn. Schildern 3.

Flachs-Bindegarn
abzugeben
Landwirtschaftlicher Kreisverein, Paderborn.

Druck, Verlag und Redaktion von Martin Wagner in Paderborn.